

Salzkörner

Materialien
für die Diskussion
in Kirche
und Gesellschaft



ZdK

26. Jg. Nr. 5
Oktober 2020

Editorial

Die Flamme des kollektiven Gewissens

Es ist ein globaler Blick, den Papst Franziskus in seiner Sozialenzyklika „Fratelli tutti“ einnimmt. Er skizziert seine Vorstellung von einer „Ethik der internationalen Beziehungen“ und verteidigt das Recht auf ein Leben in Würde: Nur global könne der „Kultur der Mauern“ begegnet werden. Dabei nehmen die Vereinten Nationen eine wichtige Rolle ein, denn ihnen kommt die Verantwortung zu, die Stärke des Rechts zu verteidigen. Grundlage für seine Bewertungen ist auch das Erinnern an vergangene Verbrechen, um „die Flamme des kollektiven Gewissens“ wachzuhalten.

Die Erinnerungskultur in Deutschland, zumal wenn es um Mauern geht, ist in diesen Tagen in ambivalenter Weise herausgefordert: Dankbar blicken wir auf 30 Jahre deutsche Einheit zurück. Vieles wurde geleistet und erreicht, während die europäische Integration an Fahrt aufnahm und die Bundesrepublik ein eigenes, teilweise neues Rollenverständnis fand. Dass Selbstzuschreibungen wie „ostdeutsch“ und „westdeutsch“ weiterhin erforderlich sind, erinnert uns daran, dass wir noch nicht alle Hausaufgaben der Geschichte erledigt haben.

Mit einem Aufsatz zum Antisemitismus erinnern wir in dieser Ausgabe an den ersten Jahrestag des Anschlags auf eine Synagoge in Halle. Während ein versuchter Anschlag auf die Gläubigen scheiterte, starben eine Passantin und ein Restaurantbesucher durch die Hand des Attentäters. Die Tat reiht sich in die (lange) Liste blutiger und vereitelte Anschläge mit antisemitischem Hintergrund im Nachkriegsdeutschland ein. Sie mahnt uns, den Blick auf historische Verantwortung nicht zu ritualisieren, sondern – gerade im Schulunterricht – Formen politischer Bildung einzuüben, die Haltung und Werte vermitteln, die keinen Raum für menschenfeindliche Gesinnungen und Ideologien lassen.

Marc Frings

Inhalt

- „Geschwisterlichkeit und die soziale Freundschaft“** _____ **2**
Die Enzyklika Fratelli tutti (3. Oktober 2020) von
Papst Franziskus
[Marianne Heimbach-Steins](#)
- Klare Kante zeigen!** _____ **4**
Position beziehen gegen Antisemitismus und
Verschwörungsmethoden
[Michael Blume](#)
- Moria** _____ **6**
Wie Europa seine Geflüchteten wegsperre,
bis es brannte
[James Jakob Fehr](#)
- Belarus, ein Land im Umbruch?** _____ **8**
Über das Entstehen einer Protestbewegung
[Angelika Schmähling](#)
- Die ethische Grammatik
des Konflikts um atomare Endlager** _____ **10**
Partizipation jenseits des „Sankt-Florians-Prinzips“
[Markus Vogt](#)
- „Leben teilen“** _____ **12**
Das Leitwort des 102. Deutschen Katholikentags 2022
in Stuttgart
[Christoph Stender](#)

„Geschwisterlichkeit und die soziale Freundschaft“

Die Enzyklika Fratelli tutti (3. Oktober 2020) von Papst Franziskus

Mitten während der weltweiten Pandemie-Krise hat Papst Franziskus seine zweite Sozial-Enzyklika Fratelli tutti vorgelegt. Wie in Laudato si' (2015) ist nicht nur der Titel, sondern der Text als ganzer durch Franz von Assisi inspiriert; Zeitpunkt und Ort der Unterzeichnung am Vortag des Heiligenfestes in Assisi unterstreichen dies. Mit der Anrede Fratelli tutti lädt Papst Franziskus wie sein Vorbild alle „Brüder und Schwestern“, d. h. alle Menschen, ein, sich als Geschwister zu begreifen und dementsprechend zu leben (vgl. FT 1f.). Für ein nicht nur individuelles, sondern ausdrücklich auch politisches Ethos des geschwisterlichen Zusammenlebens zu werben, ist das Kernanliegen des Textes, der sich über weite Strecken wie eine „Summe“ des bisherigen Pontifikates liest.

Der Papst bezieht den Anspruch der Geschwisterlichkeit nicht nur auf die Christ*innen: Er greift in der Einleitung – unter der bezeichnenden Überschrift „ohne Grenzen“ (FT 5) – seine gemeinsam mit dem Groß-Imam Ahmad Al-Tayyeb veröffentlichte Botschaft (2019) auf. Im Schlusskapitel zitiert er daraus den Aufruf für Frieden, Gerechtigkeit und Geschwisterlichkeit samt der Selbstverpflichtung auf eine „Kultur des Dialogs als Weg, die allgemeine Zusammenarbeit als Verhaltensregel und das gegenseitige Vertrauen als Methode und Maßstab“ (FT 285). Diese interreligiöse Weitung ist in der päpstlichen Sozialverkündigung ohne Vorbild. Franziskus parallelisiert sie mit dem Bezug auf die Schöpfungstheologie des Patriarchen Bartholomaios in Laudato si': Hatte er damit dem orthodoxen Christentum besondere Achtung gezollt, so setzt er mit der ausdrücklichen Anerkennung eines islamischen Religionsführers als Inspirator und Dialogpartner ein Zeichen dafür, die Religionen als eine Quelle für „Geschwisterlichkeit und soziale Freundschaft“ zu würdigen und in die Pflicht zu nehmen. Bei aller Hochschätzung der Vernunft, die die Würdegleichheit aller Menschen erkennen und anerkennen kann, sei es der Mehrwert religiösen Glau-

bens, einen nicht durch wissenschaftliche Rationalität ersetzbaren Zugang zur Dignität des*der Anderen in der gemeinsamen Bezogenheit auf Gott zu erschließen (vgl. das Schlusskapitel der Enzyklika).

Mit der interreligiösen Perspektive bietet Franziskus eine erste Leitlinie für die Lektüre an; eine zweite bildet die Parabel vom barmherzigen Samariter (Lk 10, 11 - 22; vgl. FT 62 - 86 u. ö.). Sie hält als biblischer roter Faden das Thema Geschwisterlichkeit über Grenzen hinweg präsent: Wie macht mich mein Handeln zum*zur Nächsten eines*einer Anderen – und zu wessen Nächsten lasse ich mich machen? An dieser Frage entscheidet sich, wen ich als eine*n wahrnehme, der*die meinen Dienst der Nächstenliebe benötigt. Nach der biblischen Erzählung ist irrelevant, ob die hilfebedürftige Person zur gleichen (Volks-) Gruppe gehört, den gleichen Glauben hat; Bedeutung hat allein, ob ich mir das Leid des Anderen zu eigen mache (vgl. FT 62; 79). Der Clou der Erzählung liegt darin, dass der Hilfsbereite ein Mensch ist, der nicht im vollen Sinne als religiös zugehörig betrachtet wird (vgl. FT 80 - 83). Während die religiösen Experten vorbeigehen, bleibt der Samariter stehen, versorgt den Verletzten und sorgt für weitere Hilfe durch Dritte.

Konkreter Universalismus

Der interreligiöse und der biblische Bezugsrahmen schärfen den Blick für das Anliegen des Papstes, Überlegungen zu der „universalen Dimension“ der „geschwisterlichen Liebe“ als „demütigen Beitrag zum Nachdenken“ so darzubieten, dass sie „für den Dialog mit allen Menschen guten Willens offen sind“ (alle Zitate: FT 6). Dem*der Anderen auf Augenhöhe begegnen, Zuhören, Konflikte durch Dialog lösen, Trennendes überwinden (FT 190; 198 u. ö.) – solche Handlungsweisen entsprechen der Geschwisterlichkeit und sind Ausdruck der „sozialen Freundschaft“. Den Vorwurf, ein solches Programm sei utopisch, ahnt Papst Franziskus (vgl. FT 30; 190); damit wird aber verfehlt, was die Enzyklika tatsächlich leistet: Sie bietet eine realistische Wahrnehmung der politischen und ethischen Probleme der Gegenwart, erhebt sehr zeitgerecht prophetisch Einspruch gegen einen in vielen Ländern der Welt zu beobachtenden Politikstil, der nur mehr partikularen (Macht-)Interessen dient und sich den Anforderungen des (globalen) Gemeinwohls verschließt, und sie prangert er-

neut energisch die Dysfunktionalitäten einer Wirtschaft an, die – im Gegensatz zu der Grundlogik einer ökosozialen Marktwirtschaft – die Sozialpflichtigkeit allen Eigentums auf Kosten der Armen und der ökologischen Lebensgrundlagen missachtet bzw. unterläuft.

Kritisiert werden u. a. Populismus, Rassismus, die in den sozialen Medien verbreitete Hassrede, Strategien der politischen und ökonomischen Ausgrenzung, die u. a. Menschen in der Migration hart treffen, Formen moderner Sklaverei sowie eine Situation der weltweiten Verschärfung von Konflikten, die der Papst erneut als eine Art schleichend voranschreitenden „dritten Weltkrieg“ („Weltkrieg in Stücken“, FT 25; 259) charakterisiert. Angesichts der „Schatten einer abgeschotteten Welt“ (Kapitel 1) dringt er auf ethische Neuorientierung. Franziskus redet nicht einem abstrakten und idealistischen Universalismus das Wort, der sich die realen Anderen vom Leib hält (vgl. FT 99f - 100; 142). Er plädiert für den konkreten Universalismus der Nächstenliebe als Baustoff einer „offenen Welt“ (Kapitel 3): Grundlegend sind Aufmerksamkeit für die „Peripherien in unserer Nähe“ (FT 97), Anerkennung der Würde jedes Einzelnen (vgl. FT 106 u. ö.) in der Diversität der (potentiellen) Nächsten. Franziskus verweist auf die biblische Turmbauerzählung, die die Einheits-Ideologie eines abstrakten Universalismus zurückweist (Gen 11; FT 144). Ehrliche Anerkennung stellt sich dem Konfliktpotential, das in der Begegnung mit den Fremden und ihrer Fremdheit liegt, sucht den Konflikt aber durch Dialog zu bearbeiten und zu entschärfen. Der geschwisterliche Mensch erkennt sich selbst in der konkreten Verletzlichkeit des*der Anderen und erfährt sich im eigenen Kontext zum Handeln herausgefordert, ohne die globale Dimension der Verantwortung aus dem Blick zu verlieren. Diese Spannung zwischen „universaler Liebe“ und „sozialer Freundschaft“ ist, so Franziskus, grundlegend für eine humane Existenz in der global interdependenten Welt (vgl. FT 146 - 150).

Politik der Anerkennung

Vor diesem Hintergrund entwickelt die Enzyklika ethische Perspektiven für eine Politik der Anerkennung. Sie ist gekennzeichnet durch ein nicht individualistisch enggeführtes Verständnis von Menschenrechten (FT 111). Das genuine Recht jedes Menschen auf Anerkennung muss sich

in der Berücksichtigung der grundlegenden „Gemeinwidmung der Güter“ und des globalen Gemeinwohls materialisieren – ein Rückverweis auf den Ansatz der ganzheitlichen Ökologie in *Laudato si'*. Menschenrechte und die Gemeinwidmung der Güter werden u. a. in der Argumentation zugunsten eines ursprünglichen Rechts von Migrant*innen zusammengeführt, an einem Ort Aufnahme zu finden, an dem sie ihren Lebensunterhalt sichern können (FT 129). Franziskus lenkt erneut die Aufmerksamkeit auf die Peripherien und die von Ausschließung Bedrohten, die Armen, Versklavten, Opfer von Menschenhandel, und wirbt eindringlich für ein gemeinschaftliches und politisches Ethos der Anerkennung und Inklusion. Das Prinzip Dialog bildet einen politischen Ausdruck der „universalen Liebe“, die mit Differenzen und Konflikten umzugehen vermag, ohne die eigene Identität preiszugeben, aber auch ohne Machtasymmetrien auszuspielen und dem Anderen / Fremden mit Gewalt zu begegnen, um das Eigene zu schützen. Die Enzyklika untermauert menschenrechtlich bedeutsame Positionen der neueren katholischen Sozialverkündigung – etwa die klare Verurteilung der Todesstrafe (diese Position wurde erst im Jahr 2018 eindeutig im Katechismus der Katholischen Kirche festgeschrieben) und der lebenslangen Freiheitsstrafe (vgl. FT 263 - 269).

Fratelli tutti ist ein kluges zeitkritisches Plädoyer für das dringend überfällige Umdenken und Umsteuern auf ein solidarisches Zusammenleben. Der Papst ermutigt dazu, die religiösen und säkularen Ressourcen für eine Umkehr zu mobilisieren, ohne die weder die langfristigen Folgen der Corona-Pandemie noch die sich zuspitzende Klimakrise auf humane Weise zu bewältigen sein werden. Das heißt, grundsätzlich ist Wandel möglich. Aber es wäre falsch, alle Hoffnungen allein an eine Wahl im November zu knüpfen.

Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins

Direktorin des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften der Universität Münster,
Mitglied des ZdK

Antisemitismus

Verschwörungsmychen

4

Klare Kante zeigen!

Position beziehen gegen Antisemitismus und Verschwörungsmychen

Was bringt bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens dazu, plötzlich den Rahmen rationaler Auseinandersetzung zu verlassen und zu Verkündern der krudesten Verschwörungsfantasien zu werden? Der Popmusiker Xavier Naidoo erstaunte auf diese Weise die Öffentlichkeit Anfang 2020 mit mehreren Videos, in denen er die Existenz des Corona-Virus anzweifelte und emotional aufgelöst davon berichtete, dass ein global agierender Pädophilenring Kinder in seine Gewalt bringen würde, um aus diesen eine Superdroge namens Adrenochrom zu gewinnen. Diese würde dann, seiner Ansicht nach, von den Eliten der Welt als Verjüngungsmittel genutzt werden. In eine ähnliche Kerbe schlug auch der Vegan-Koch Attila Hildmann nach dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie. Er verkündete in seinen Videos, dass das Virus ein Vorwand wäre, damit eine sogenannte Neue Weltordnung aufgebaut werde, und in Wirklichkeit würde der Multimilliardär Bill Gates einen Massenmord an der Weltbevölkerung planen. Das „deutsche Volk“ sieht er besonders in Gefahr vom, wie er sagt, „Judenstamm“ der Zionisten vernichtet zu werden.

Diese Reaktionen auf die globale Krise der Corona-Pandemie sind zwar heftig, doch wenn man sich mit dem Thema Antisemitismus beschäftigt, sind sie leider nur allzu leicht vorauszusehen. Denn immer wieder kommen mit tiefen Einschnitten in das gesellschaftliche Leben Verschwörungsmychen als einfache Krisenerklärungen wieder ans Tageslicht. So geschah es beispielsweise beim Ausbruch der Pest, als sich die Menschen die verheerende Seuche nicht erklären konnten und Schuldige dafür suchten. Die folgenden Pestpogrome gegen jüdische Gemeinden kosteten unzählige Menschen das Leben. Auch die sozialen Umwälzungen bei der Einführung neuer Medien beförderten nicht nur Wissen, sondern waren gleichzeitig auch Vehikel für Verschwörungserzählungen. Der Buchdruck brachte schon bald den „Hexenhammer“ hervor, in welchem gegen Juden und Frauen gehetzt wurde, oder auch Luthers antisemitisches Spätwerk „Von den

Juden und ihren Lügen“. Radio und Film wurden von den Nazis als antisemitische Propagandamaschinen genutzt. Und nun sind wir konfrontiert mit dem rasanten Wachstum von Sozialen Medien, in welchen sich Menschen zwar auf unterschiedliche positive Arten miteinander vernetzen können, aber wo auch die schlimmsten antisemitischen Vorstellungen grassieren und global verbreitet werden.

Jüdinnen und Juden als Feindbild

So auch in den Beispielen von Naidoo und Hildmann oder auch in der Digitalsekte „QAnon“. Diese Gruppierung, die sich auch hierzulande immer öfter zeigt, sieht in Donald Trump einen Erlöser, welcher die sogenannten korrupten liberalen Eliten, Demokratinnen, Wissenschaftler, Juden und Journalistinnen bezwingen soll. All diese Verschwörungsmychen, die eine Reaktion auf zunächst unerklärliche und gefährliche Krisen sind, gipfeln in ihren Erklärungen fast immer beim Feindbild von Jüdinnen und Juden. Diese sollen für das Böse in der Welt, für globale und persönliche Misereen verantwortlich sein. Auf der anderen Seite stehen die absolut Guten, diejenigen, die vermeintlich die Wahrheit kennen und sich im Kampf gegen die wahlweise satanischen, freimaurerischen oder in dieser Vorstellung schlicht jüdischen „Mächte“ befinden.

Die lange und unrühmliche Tradition der Beschuldigung von Jüdinnen und Juden besteht bis heute. Seit der Antike mussten Jüdinnen und Juden als Feindbild herhalten. Dies geschah auch deswegen, weil das Judentum als erste Religion in Alphabetschrift lehrte und sich auf verbindliche und allgemeine Gesetzestexte berief. Die Tradition, die Torah lesen zu können, brachte Juden eine hohe Bildung und sorgte dafür, dass sich das Judentum auch außerhalb Israels in der Diaspora auf ein gemeinschaftsstiftendes Element beziehen konnte. Doch so erschien zunächst den Römern, dann den Christen das Judentum als etwas Fremdes, das man nicht verstehen wollte und das kein Recht auf eine eigenständige Existenz haben sollte. Im Christentum kursierten verschiedenste Verleumdungen gegen Juden, laut denen sich Juden gegen Christen verbünden würden, um diesen zu schaden. Ab dem 19. Jahrhundert wurde diese Judenfeindschaft aus dem Religiösen ins Biologische überführt. Nun wurde kolportiert,

Antisemitismus

Verschwörungsmysen

dass Juden eine Rasse seien, die sich gegen die „arische Rasse“ verschworen hätte. Der Mythos der Verschwörung hat seine Wurzeln so tief in unser gesellschaftliches Denken gegraben, dass auch Personen wie Hildmann oder Gruppierungen wie QAnon und Reichsbürger sehr leicht auf diese bösartigen Erzählungen zurückgreifen und sie für ihre eigenen Zwecke nutzen können.

Dass diese Mysen nicht nur bloße Märchen sind, die man als harmlose Spinnerei abtun sollte, macht uns auch der Anschlag von Halle deutlich. Laut den Aussagen des Attentäters hätten sich Juden gegen die „weißen Männer“ verschworen und würden Geflüchtete ins Land lassen, die den Männern die Frauen wegnehmen würden. Seinen mörderischen Anschlag wertete der Attentäter als Notwehr gegen diese gefühlte Bedrohungsfantasie. Und er radikalisierte sich in Internetforen, in denen täglich Verschwörungsmysen und menschenverachtendes Gedankengut geteilt wurden.

Emotionale Ebene ist entscheidend

Mein Appell lautet daher, dass wir so früh es geht, diesen gefährlichen Fantasien etwas entgegensetzen sollten. Wir müssen Menschen die Chance geben, die Krisen, die sie als bedrohlich empfinden, auf eine andere Art zu bewältigen. Menschen, die stark autoritär geprägt sind, möchten die Schiefelage der Welt durch Schuldzuweisungen und harte Feindbilder geraderücken. Leider können sie selten durch ganz rationale Argumente wieder in einen ausgeglichenen Diskurs eingebunden werden. Je mehr Argumente man vorbringt, desto mehr graben sich manche Menschen ein und sehen auch dort die bösen Verschwörer am Werk. In der Begegnung mit Menschen, die Gefahr laufen, in Verschwörungsmysen abzutauchen, ist weniger die rationale als vielmehr die emotionale Ebene entscheidend. Die Ängste der Menschen wahrzunehmen und ihnen zu zeigen, dass man ihre Verunsicherung in der Krise ernst nimmt, kann eine gewisse Basis herstellen, über die man kommunizieren kann. In solchen Situationen versuche ich zu fragen, wie es meinem Gegenüber geht, welche Gefühle in ihr oder ihm vor sich gehen. Ich verzichte darauf, zunächst die Konfrontation mit harten Fakten zu suchen, sondern gebe den Menschen Raum, um sich ihrer eigenen Verunsicherung zu stellen. Auch das ist kein

Geheimrezept. Wir werden als Gesellschaft den gefährlichen Verschwörungsglauben und den aus ihm folgenden Antisemitismus nicht alleine mit sozialpsychologischen Mitteln lösen können. Einem Attila Hildmann wird die emotionale Ansprache wahrscheinlich nicht mehr viel helfen. Manche haben sich bereits so tief in die Mysen hinabgegeben, dass nur noch die harten rechtsstaatlichen Mittel angewandt werden müssen, um unsere Demokratie vor gewaltbereiten Verschwörungspropheten zu schützen. Hier müssen der Staat und die Gesellschaft klare Kante zeigen!

Die Kirchen und Religionsgemeinschaften sind in diesem Prozess in hohem Maße gefragt. Menschen, die verunsichert sind, brauchen mehr Seelsorger und weniger Landesbeauftragte. Der Staat kann nicht über das Seelenleben der Menschen bestimmen und es kann auch nicht seine Aufgabe sein, emotionale Stützen zu liefern. Dafür braucht es auch zunehmend die Fähigkeiten von Priestern, Pfarrerinnen und Pfarrern, Rabbinern, Imamen, Psychologen, Therapeutinnen und Therapeuten oder Menschen in sozialen Berufen. Denn der Ausstieg aus Verschwörungsmysen ist vergleichbar mit dem Ausstieg aus Sekten. Wer sich in die Fänge von Verschwörungsfantasien begibt, bricht häufig den Kontakt mit Freunden und Verwandten ab, er findet eine neue Gruppe von Menschen, meist im Internet, die sich zu den „Erleuchteten“ zählen, die ihre ganz eigene Wahrheit zu haben scheinen. Familienangehörige brauchen daher verstärkt Unterstützung, wenn sich Nahestehende mehr und mehr in Verschwörungsgelände bewegen. Beratungsstellen unterschiedlicher Arten müssen ausgebaut werden, um diesem Thema gerecht zu werden. Gegen diese Art von gefährlichen Erzählungen können wir uns daher nur als ganze Gesellschaft stemmen und es gilt für jede und jeden Einzelnen von uns, gegen Antisemitismus und Verschwörungsmysen Position zu beziehen. Ich habe große Hoffnung, dass wir es diesmal schaffen werden, unsere Demokratie zu schützen und sie nicht ihren Feinden preiszugeben.

| [Dr. Michael Blume](#) |

Antisemitismusbeauftragter der Landesregierung
Baden-Württemberg

Moria

Wie Europa seine Geflüchteten wegspernte, bis es brannte

Anfang September brannte das europäische Erstaufnahmelager Moria auf der griechischen Insel Lesbos ab – gefolgt von einem europaweiten Aufschrei. In Flammen ging auch die Maske einer humanen Flüchtlingspolitik auf. Jakob Fehr vom Deutschen Mennonitischen Friedenskomitee (DMFK) war vor Ort. Er berichtet über die Situation vor dem Feuer, und ob sich seitdem etwas verändert hat.

In der Nacht, als Zelte und schäbige Notbehausungen zehntausender Menschen in Flammen aufgingen, fegte ein heftiger Wind über die Insel Lesbos. Es war nicht der erste Brand im europäischen Erstaufnahmelager Moria. In den großen wilden Camps im „Olive Grove“, den Olivenhainen rund um das offizielle, hoffnungslos überfüllte europäische Erstaufnahmelager Moria, brennt es immer wieder. Die Menschen kochen mit offenem Feuer, mit Gaskochern, backen Brot in selbstgebauten Öfen. Sanitäre Anlagen, Wasser, Löschkonzepte mit Fluchtwegen und Rettungspläne gibt es nicht außerhalb des UNHCR-Camps, das für nur 2.800 Menschen konzipiert war. Wurde das Feuer absichtlich gelegt, um das Camp abzubrennen? Möglich, aber schwer vorstellbar. Denn die Menschen im abgeschlossenen, offiziellen Teil haben kaum Möglichkeit zur geregelten Flucht. Zwar versuchte die griechische Feuerwehr zu löschen, doch hatten sie Probleme, an die Brandherde zu kommen. Das UNHCR-Lager brannte fast vollkommen ab.

11.500 Menschen obdachlos

Nach offiziellen Angaben wurden durch die Brände und innerhalb von drei Tagen 11.500 Menschen obdachlos, darunter 2200 Frauen und etwa 4000 Kinder. Sie flüchteten in Panik vor den Flammen.

Die griechische Bereitschaftspolizei MAT wurde schnell auf die Insel beordert. Sie trieben die Geflüchteten zusammen. Die Menschen sollten sich nicht verstreuen – auch in Angst vor dem Corona-Virus, welches erst seit

August im Lager nachgewiesen ist. Monatelang gab es keinen einzigen Fall. 39 Menschen im Moria-Lager sollen nach offiziellen Angaben erkrankt sein, auch inselweit stiegen die Zahlen an. Die Menschen hatten kaum die Möglichkeit, sich zu schützen: Die Behörden bauten Straßensperren auf und riegelten den Zugang zur Stadt komplett ab. Sie blockierten auch die humanitäre Unterstützung direkt nach dem Feuer. Internationale Hilfe kam vor allem durch diverse NGOs, aber auch die griechische Bevölkerung, die segensreich immer wieder die Geflüchteten dort unterstützen. Sie versorgten die Geflüchteten mit Lebensmitteln, Wasser, Zelten und Kleidung.

Stabilisation?

In den Wochen danach stabilisierte sich die Lage. Die Hauptstraße von Mytilini in den Norden, nach Moria und dem neuen Camp bei Kara Tepe, wurde ab dem 20. September zum ersten Mal wieder befahrbar. Das neue Lager liegt auf einem ehemaligen militärischen Schießplatz. Es wurde in kürzester Zeit aus dem Boden gestampft. Um die Geflüchteten ins neuerrichtete UNHCR-Lager zu bringen, brannten die griechischen Sicherheitskräfte illegale Zelte am Wegesrand ab. Das neue Lager ist keine freiwillige Sache, es ist Pflicht.

Wir standen vor dem neuen Camp, fünf Kilometer entfernt von Moria, nah am Meer und beobachteten das Geschehen. Das Gute ist, dass so etwas wie Ordnung eingekehrt ist. Es gibt ein neues Zentrum für Erstaufnahme und Identifizierung. Das Schlechte ist: Das neue Camp wird bald genauso schlimm sein wie Moria – allen Beteuerungen der griechischen und europäischen Politik zum Trotz.

Wir als Mennonitisches Friedenskomitee beobachten seit langem die menschenrechtliche Situation auf Lesbos. Wie viele andere Aktivist:innen vor Ort sehen wir schwarz für den regenreichen Herbst. Die Leute müssen in ihren Zelten direkt auf dem Boden schlafen. Es gibt auf der Halbinsel immer einen starken Wind und keine Bäume. Grund-

versorgung wie (sauberes) Wasser und Essen sind aktuell Mangelware. Die Zelte sind schon jetzt oftmals überfüllt. Es gibt keinen Strom, keine sanitären Anlagen wie Duschen oder Toiletten. Die Menschen gehen in die Büsche. Sie werden von Spezialkräften im Lager bewacht.

Was kann man tun? Erstmal beten natürlich. Dann zweitens spenden, etwa an die Organisationen die seit Jahren vor Ort sind. Ich kann insbesondere „Lesvos Solidarity“ empfehlen, die seit 2012 aktiv ist. Oder griechische Organisationen und Projekte, die vor Ort helfen, sich um einen Dialog bemühen, etwa das Café-Restaurant Nan oder das Projekt Mosaik Support Centre, die helfen, Misstrauen zwischen den Ethnien abzubauen.

Und man kann sich, drittens, einsetzen, bei seinen gewählten Vertretern in den Parlamenten und bei den Bürgermeistern, dass die europäische Flüchtlingspolitik liberalisiert wird. Werdet politisch aktiv. Die Aktion vor dem Reichstag mit den 13.000 Stühlen zeigt, um welche Größendimensionen es aktuell geht. Diese Menschen können in Europa aufgenommen werden. Sie können in Frieden und Sicherheit leben, sie wollen arbeiten.

Ich bin jetzt zum zwölften Mal seit 2014 für das mennonitische Friedenskomitee auf Lesbos. Wir beobachten die Einhaltung von Menschenrechten, dokumentieren Übergriffe der Polizei, begleiten LGBTQ-Minderheiten, unterstützen Frauen in deren eigenen Problemen im Lager, als Teil des Christian Peacemaker Teams und des Aegean Migrant Solidarity Projekts mit vier Mitarbeitern vor Ort.

Anspruch an Menschlichkeit

Ich persönlich hatte immer nur sehr herzliche und persönliche Erlebnisse mit den Menschen. Dennoch sind sie psychologisch stark belastet. Aktuell werden sie über Monate und Jahre gefangen gehalten, eingesperrt, ohne Hoffnung, wie in einem Gefängnis. Alle NGOs sprechen von einem Gefängnis. Es ist traurig zu sehen, wie diese

Menschen leben – in Europa, auf einem Kontinent, in einer Europäischen Union, die stolz ist auf ihre Werte und Menschenrechte. Bemühungen, psychologische Unterstützung durch NGOs zu realisieren, sind in der Vergangenheit verhindert worden.

Mit Moria brannte die notdürftig humanistisch-verklärte Maske des Flüchtlingspaktes ab. Es wurde mehr denn je deutlich: Finden die europäischen Staaten keine europäische Lösung über die unsolidarischen Dublin-II-Regelungen hinaus, scheitert auch weiterhin die EU-Geflüchtetenpolitik an der Realität. Statt klarer Regelungen drohen Abschiebungen in andere EU-Staaten, Haft, jahrelange Kasernierung in unmenschlichen Erstaufnahmelagern an den EU-Außengrenzen, die in Wahrheit Dauerlager für die Menschen sind. Brechen sie aus, droht Illegalität, Obdachlosigkeit, Elend, Abschiebung in die Heimat, aus der sie vertrieben wurden oder vor Gewalt, Angst, Elend oder Tod geflohen sind. Kann das unser Anspruch an Menschlichkeit sein?

| [Dr. James Jakob Fehr](#) |

Deutsches Mennonitisches Friedenskomitee

Belarus, ein Land im Umbruch?

Über das Entstehen einer Protestbewegung

Ein Meer von weiß-rot-weißen Fahnen in den Straßen von Minsk, Zehntausende, die Woche für Woche friedlich für Neuwahlen demonstrieren – vor wenigen Monaten hätte man sich solche Bilder in Belarus nicht vorstellen können. Als Konsequenz aus den manipulierten Präsidentschaftswahlen hat sich in kürzester Zeit eine Protestbewegung geformt, die sich durch staatliche Gewalt nicht mehr einschüchtern lässt. Frauen spielen eine besondere Rolle in dieser Entwicklung. Auch die katholische Kirche in Belarus erhebt ihre Stimme.

Belarus erlebt in den letzten Monaten eine für das Land beispiellose zivilgesellschaftliche Mobilisierung. Jegliche Oppositionsbewegung war über Jahrzehnte unterdrückt worden. Nur kurz flammten im Nachgang der Präsidentschaftswahlen 2006 und 2010 Proteste auf. Ungewöhnlich waren daher 2017 die Demonstrationen gegen ein „Schmarotzergesetz“, durch das Arbeitslose mit Strafen hätten belegt werden sollen, und das zumindest in der damaligen Form zurückgenommen wurde. In der Stadt Brest gibt es eine kleine, aber hartnäckige Widerstandsgruppe gegen den Bau eines Akkumulatorenwerks. Im Vorfeld der Wahlen 2020 war dann zu beobachten, wie sich die Bereitschaft zum Protest aufbaute. Wahlkampfauftritte der unfreiwilligen Kandidatin Swetlana Tichanowskaja wurden zu Großveranstaltungen, T-Shirts mit spöttischen Sprüchen gegen Machthaber Lukaschenko verkauften sich bestens. „Wir gehen spazieren“ hieß es, wenn sich Menschenketten gegen die Verhaftung von Präsidentschaftskandidaten bildeten, die von der Polizei regelmäßig zerschlagen wurden. Neben der schwelenden Unzufriedenheit über das in sowjetischer Tradition agierende Regime trug die Kritik am fahrlässigen Umgang des Präsidenten mit der Corona-Pandemie maßgeblich dazu bei, dass die Menschen ihr Wahlrecht wahrnehmen wollten. Umso größer war die Fassungslosigkeit, als der Wahlsieg Lukaschenkos mit 80,1 Prozent verkündet wurde.

Verstetigung der Proteste

Zunächst schien nach der Wahl alles bekannten Mechanismen zu folgen: Tausende gingen auf die Straße, um ihrer Enttäuschung über die Wahlmanipulationen, über ihre „gestohlenen“ Stim-

men Luft zu machen, Tausende wurden verhaftet. Aber eines war anders: Durch soziale Netzwerke verbreiteten sich Berichte und grausige Bilder von Misshandlungen, die Verhaftete in den überfüllten Untersuchungsgefängnissen erlitten hatten. Dies löste eine neue Protestform aus. Zuerst waren es Frauen, die gegen diese Gewalt auf die Straße gingen, in weißer Kleidung, mit Blumen in der Hand. Schnell schlossen sich verschiedene Berufsgruppen an, Medizinpersonal und Kulturschaffende, aber auch die Arbeiterschaft großer Fabriken. Dieser friedliche Protest hält seit Wochen an. An den Samstagen setzen Frauen ihre symbolhaften „Spaziergänge“ fort, sonntags gehen im ganzen Land zehntausende Menschen auf die Straßen, um für Neuwahlen zu demonstrieren, und werktags taucht an den ungewöhnlichsten Orten die rot-weiß-rote Fahne auf, die von 1991 bis 1995 Nationalflagge war und nun zum Symbol der Oppositionsbewegung geworden ist. Polizei und Militär zeigen massive Präsenz und fahren schweres Gerät auf. Ihre Reaktion auf die friedlichen Demonstrationen ist unvorhersehbar, jederzeit muss mit brutalen Verhaftungen und offener Gewalt durch die Sicherheitskräfte gerechnet werden. Repressionen sind schon jetzt an der Tagesordnung. Erschreckend ist beispielsweise das gezielte Vorgehen gegen Medienschaffende. Prominente Gesichter des Widerstands sahen sich gezwungen, das Land zu verlassen, Menschenrechtsorganisationen zählen Dutzende politische Gefangene. Der Ausgang des Kräftemessens ist noch nicht abzusehen.

Die Stunde der Frauen

Belarus ist eine patriarchale Gesellschaft. Eine misogyne Haltung wurde beispielsweise 2018 offenbar, als der Präsident einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung häuslicher Gewalt scharf kritisierte und das Thema als westlichen Trend verunglimpfte. Eine unrühmliche Rolle spielte in der Debatte die katholische Kirche, die in dem Gesetzentwurf gar eine antichristliche Familienideologie witterte. In der Bildsprache der staatlichen Propaganda dominieren Männer, seien es Politiker, Fabrikdirektoren oder Generäle. Frauen gelten als das schwache Geschlecht, das beschützt werden muss, und das nicht belastbar genug ist für eine politische Rolle. Daher konnte der Amtsinhaber seine Gegnerin Tichanowskaja und ihre Mitstreiterinnen Maria Kolesnikowa und Veronika Zepkalo nur un-

terschätzen. Mit ihren friedlichen Protestaktionen waren es nach den Wahlen dann die Frauen, die die drohende Spirale der Gewalt und Gegengewalt durchbrachen. Sie machten sich den paternalistischen Mechanismus zunutze, dass sie eher vor Verhaftungen und Gewalt durch die Sicherheitsorgane geschützt sind als Männer. Die Frauen, die verhaftet wurden, berichten nichtsdestotrotz Schlimmes über die Zustände in den Gefängnissen. Reformkräfte und die Kirche werden es nicht dabei belassen dürfen, die Frauen als Heldinnen zu feiern, sondern werden ihnen künftig eine Stimme geben müssen.

Kann Kirche unpolitisch sein?

Obwohl die freie Ausübung der Religion in Belarus gesetzlich gewährleistet ist, stehen die Religionsgemeinschaften unter Beobachtung und können durch administrative Vorgänge recht leicht in ihrer pastoralen und sozialen Tätigkeit behindert werden: Genehmigungen können verweigert werden, ausländische Priester ihre Aufenthalts- bzw. Arbeitsgenehmigung verlieren. Der belarussische Staat hat ein Klima dauerhafter Angst und Bedrohung geschaffen, in dem auch die Kirche leben und überleben muss. Die Beziehung zur Politik ist für die Hierarchie deshalb ein heikler Balanceakt. Die katholische Kirche, nach der orthodoxen Kirche die zweitgrößte Glaubensgemeinschaft in Belarus, hat sich dennoch schon kurz nach den Wahlen erstaunlich klar zu den Ereignissen positioniert. Erzbischof Kondrusiewicz, Vorsitzender der belarussischen Bischofskonferenz, prangerte die Gewalt gegen Demonstrierende und Inhaftierte als „Brudermord“ an. Der Gesellschaft würden Wunden zugefügt, unter der eine ganze Generation zu leiden habe. Die markantesten Worte wählte er anlässlich der Wallfahrt nach Braslaw: Die Mächtigen müssten dem Volk und dem Gemeinwohl dienen, Andersdenkende dürften nicht als Feinde betrachtet werden. Die Reaktion erfolgte prompt – am 31. August wurde Kondrusiewicz nach einem Polen-Besuch die Wiedereinreise in sein Heimatland verweigert und sein Pass für ungültig erklärt. Aus dem polnischen Exil ruft der Erzbischof weiter zum Dialog, zu Vergebung und Versöhnung auf. Vermittlungsversuche des Vatikans waren bislang vergeblich.

„Wenn wir heute sagen, dass wir gegen Gewalt sind, ist das Politik? Wenn wir heute sagen, dass wir gegen Folter sind, ist das

Politik? ... Wenn wir sagen, wir wollen Wahrheit, Ehrlichkeit, guten Willen für unser Leben, ist das Politik?“, mit diesen Fragen, die Weihbischof Kosobuzki als Stellvertreter des Erzbischofs bei einem Friedensgebet am 5. September stellte, machte er klar: Die Forderung Lukaschenkos, die Geistlichen sollten sich dem Gebet widmen und nicht der Politik, ist nicht erfüllbar in der aktuellen Situation. Solange das Regime weiterbesteht, wird die Kirche dennoch Kompromisse eingehen müssen, um die Seelsorge und karitativen Tätigkeiten nicht zu gefährden.

Belarus – Quo vadis?

Derzeit herrscht in Belarus eine Pattsituation. Die von Machthaber Lukaschenko ins Spiel gebrachte Verfassungsreform könnte einen Ausweg aus der festgefahrenen Lage darstellen, falls tatsächlich der Wille zu echten Veränderungen besteht. Die von den Demonstrierenden geforderten Neuwahlen rücken damit allerdings in weite Ferne. Der Weg zu Reformen wird dadurch erschwert, dass die offenkundigen Menschenrechtsverletzungen des Machtapparats nicht ungesühnt bleiben können. „Nichts ist vergessen, nichts ist vergeben“ lautet ein Slogan der Protestierenden. Das Land wird aber Wege finden müssen, mit der Schuld vieler umzugehen. Die Kirchen haben Worte, Bilder und Riten für Buße und Versöhnung. Damit können sie dem Land in diesen unruhigen Monaten helfen und schließlich zu einer künftigen Neuordnung der Gesellschaft beitragen.

Der Text spiegelt die Situation zum Redaktionsschluss am 16. Oktober 2020 wider.

| [Dr. Angelika Schmähling](#)

Länderreferentin bei Renovabis, dem Osteuropa-Hilfswerk der katholischen Kirche

Die ethische Grammatik des Konflikts um atomare Endlager

Partizipation jenseits des „Sankt-Florians-Prinzips“

Der politische Prozess des Ringens um einen Konsens für die Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe ist in Deutschland von einem massiven Vertrauensverlust geprägt. Dies macht es nötig, sich in neuer Weise der „ethischen Grammatik“ verantwortlicher, gerechter, transparenter und fairer Entscheidungsverfahren zu vergewissern. Ein erstes Kriterium ist Wissenschaftsbasierung in der Suche nach dem vermeintlich objektiv besten Standort. Mit diesem Auftrag hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) nach mehrjähriger Suche nun neunzig Regionen in Deutschland benannt, die als potentielle Endlagerstätten in Salz, Ton oder Granit „günstige geologische Voraussetzungen für ein Atommüll-Endlager“ aufweisen. Der Salzstock Gorleben in Niedersachsen ist wegen des Fehlens eines intakten Deckgebirges und der Gewässerchemie nicht darunter. In den kommenden Monaten und Jahren werden die möglichen Standorte weiter eingegrenzt. 2031 soll ein Standort gefunden sein, ab 2050 sollen Behälter mit strahlendem Abfall unterirdisch eingelagert werden. Die Debatte ist ein Härtestest für gesellschaftliche Konsensfähigkeit.

Die Endlagersuche fordert politische Partizipation. Schon deshalb, weil die Risiken möglicherweise so existenziell sind, dass sie das Recht der Betroffenen berühren, nicht nur Objekt der Entscheidung anderer zu sein, sondern Subjekt und Mitgestalter ihrer Lebensbedingungen. Beteiligung erzeugt aber nicht automatisch rationale und gemeinwohlorientierte Entscheidungen. Sie neigt vielmehr im Kontext der spezifischen Kommunikationslogik der Endlagerfrage zum „Sankt-Florians-Prinzip“ („Heiliger St. Florian, verschon' mein Haus, zünd' andere an“; in der Forschung spricht man vom Nimby-Prinzip: Not in my backyard). Läuft Beteiligung darauf hinaus, dass alle Zustimmung für ein potentielles Endlager dann endet, wenn es vor der eigenen Haustür sein soll? Gewinnt dann derjenige, der am lautesten schreit? Für diese Art

der Risikokommunikation scheint sich Bayern schon in Stellung zu bringen. Um hier gegenzusteuern und eine andere Dynamik der öffentlichen Debatte zu ermöglichen, braucht man langfristige Vertrauensbildung durch eine transparente und partizipative Aushandlung von Entscheidungen, in der alle Betroffenen die Möglichkeit haben, ihre Interessen und Überzeugungen argumentativ einzubringen. Vorgesehen sind verschiedene Formate, an denen sich Bürger, Gemeinden und Organisationen beteiligen können. Man kann dies als Stärkung direkter Demokratie einordnen.

Irreversibilität oder Rückholbarkeit?

Das spezifische Problem der Endlagerfrage ist die extreme Langfristigkeit der Zeithorizonte potenzieller Gefährlichkeit hochradioaktiver Abfälle. Er überfordert in grundlegender Weise eingeübte Denkmuster in Gesellschaft, Politik und Ethik. Nach dem Atomgesetz soll die Lagerstätte „eine Millionen Jahre“ sicher sein. Für den Prozess politischer Planung ist das ein quasi unendlicher, metaphysischer Zeithorizont, der alle bekannten Verfahren der Folgenabwägung überschreitet. Methodisch wird in dem 2016 veröffentlichten, 683 Seiten umfassenden Endbericht der Kommission „Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“ diskutiert, ob dem hohen Sicherheitsanspruch eher dadurch Rechnung zu tragen ist, dass man die nach BGE-Schätzungen bis 2080 anfallenden 10.500 Tonnen hochradioaktiver Abfälle aus Brennelementen, unerreichbar wegsperret (und damit auch vor möglichem Missbrauch in künftigen Gesellschaften schützt) oder ob das Postulat der Reversibilität größeres Gewicht erhalten soll. Denn es könnte sein, dass sich die Einschätzungen der Stabilität von geologischen Formationen für Endlager ändern oder technische Fortschritte eine Wiederverwendung oder Transmutation gebrauchter Brennstäbe ermöglichen, wofür eine Rückholbarkeit von Abfällen ratsam wäre. Die Frage ist offen.

Die Grammatik ethischer Leitbegriffe der Energiedebatte

Begriffe prägen die Wahrnehmung. Daher lohnt es sich, die spezifischen Blickrichtungen der in der Debatte um die Lagerung hochradioaktiver Abfälle verwendeten ethischen Leitbegriffe zu analysieren, um so ihre jeweilige

Perspektive und Problemlösungskapazität näher zu bestimmen. Dies kann helfen, für verschiedene Teilaspekte des Diskurses jeweils diejenigen Begriffe auszuwählen, die zu den dabei im Vordergrund stehenden Entscheidungsproblemen passen. Darüber hinaus hilft begriffliche Klarheit, die blinden Flecken, Zuordnungen und Ebenen der ethischen Teildiskurse und ihrer Akteure deutlicher zu erkennen:

a) Verantwortung

Der Verantwortungsbegriff zielt darauf ab, Subjekte, Objekte, Kontrollinstanzen und Kriterien der jeweiligen Entscheidungsprobleme zu benennen und damit die Rechenschaftspflicht politisch wirksam zu organisieren. Damit schafft er eine Basis für die gesellschaftliche Organisation von Rechenschaftspflichten, wobei insbesondere die Kriterienfrage angesichts der extrem langen Zeiträume prekär ist. Diese führen nämlich zu einem logischen Versagen des Versicherungsprinzips („Risiko = Schadensausmaß mal Eintrittswahrscheinlichkeit“). Vollmundige Verantwortungsversprechen sollten deshalb mit Vorsicht geäußert und geglaubt werden. Der entscheidende Dissens im Verantwortungsdiskurs liegt darin, in welcher Weise man welche Abwägungsprozesse zulässt.

b) Risiko und Katastrophe

Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen dem Begriff der Verantwortung und dem des Risikos. Versteht man Risiko als handlungsabhängige Unsicherheit (und damit als Gegenbegriff zu Schicksal), meint der Begriff nichts prinzipiell Negatives. Die Zunahme von Risiken ist auch ein Reflex zunehmender technischer Handlungsmacht. Viele Risiken sind nicht hinreichend auf physikalisch vorgegebene Schwellenwerte zurückführbar. Zusätzlich sind sie abhängig von subjektiven Wahrnehmungen, Sensibilitäten und Wertpräferenzen. Auch deshalb ist die öffentliche Kommunikation über Risiken ein notwendiger Bestandteil der verantwortlichen Suche nach atomaren Endlagerstätten. Um zu verdeutlichen, dass es sich bei den damit verbundenen Gefahren nicht nur um kalkulierbare und ggf. in Kauf zu nehmende Risiken handelt, ist hier auch der Begriff der Katastrophe in Bezug auf die mögliche Kontaminierung von wasserführenden Gesteinen oder auf Sekundärschäden (Erdbeben, andere Naturgefahren) oder menschliche Eingriffe (Sabotage, Terrorismus, Ignoranz) relevant.

c) Gerechtigkeit

Gerechtigkeit hat traditionell drei Dimensionen: Legalgerechtigkeit (dies betrifft vor allem die Verfahren und ihre Transparenz), Verteilungsgerechtigkeit (hinsichtlich von Nutzen und Lasten bzw. Risiken) sowie Tauschgerechtigkeit (Notwendigkeit der Kompensation von Nachteilen z. B. durch regionale Strukturentwicklungshilfen). Auch das Verursacherprinzip (und damit die finanzielle Beteiligung der Unternehmen an den Kosten) ist eine Dimension der Gerechtigkeit in der Entscheidung von Endlagerfragen. Aus christlicher Perspektive erfordert Gerechtigkeit in spezifischer Weise den Blick auf benachteiligte Bevölkerungsgruppen, die höheren Risiken ausgesetzt werden. Ob die Nutzung der Kernenergie von Anfang an gegen intergenerationelle Gerechtigkeit verstoßen habe, wird kontrovers diskutiert. Die moralische Pflicht, Handlungen zu vermeiden, die mit der Möglichkeit von unkalkulierbaren Katastrophen wie der Nicht-mehr-Belebbarkeit von großen Lebensräumen verbunden sind, geht über das hinaus, was unter Gesichtspunkten der Gerechtigkeit und der Nachteilskompensation verhandelbar ist. Der Eindruck, durch das Versprechen von Strukturmaßnahmen und Arbeitsplätzen die Risikobereitschaft zu erkaufen, muss vermieden werden.

Resümee

Bisher gibt es weltweit kein konsensfähig als „sicher“ eingestuftes atomares Endlager. Die Debatte darüber ist politisch und ethisch unsicheres Terrain. Sie wird Deutschland in den kommenden Monaten, Jahren und Jahrzehnten begleiten und sich zuspitzen, wenn aus den jetzt benannten Teilgebieten sogenannte Standortregionen ausgewählt werden. Christliche Ethik kann durch klare Begriffe und eine Kultur offener Begegnung zur Konfliktbewältigung beitragen. Dialog und das Vertrauen in faire Verfahren sind unabdingbare Voraussetzung für den gesellschaftlichen Frieden. Dafür ist die Endlagerfrage eine Bewährungsprobe, die uns noch lange beschäftigen wird.

| Prof. Dr. Markus Vogt

| Lehrstuhl für Christliche Sozialethik an der Ludwig-Maximilians-Universität München

„leben teilen“

Das Leitwort des 102. Deutschen Katholikentag 2022
in Stuttgart

So ist das mit den Katholikentagen! Ein starker Impuls muss her, wie ein heller Funke, damit der Motor anspringt, der Maschinenraum Fahrt macht und so das Werk Gestalt annehmen kann. Der helle Funke, das ist das Leitwort. Beschlossen wurde es auf Empfehlung der Katholikentagsleitung Stuttgart 2022 vom Hauptausschuss des ZdK. Beide Gremien sind Motoren. Gestalt nimmt das Event im Maschinenraum des Katholikentags an, durch das Engagement vieler meist ehrenamtlicher Hände.

Dieses Leitwort „leben teilen“ erinnerte mich zuerst an eine Standardformulierung meiner Oma aus Kindertagen. Immer wenn ich etwas – meist Süßes – geschenkt bekam, sagte sie: „Das teilst du aber mit deinem Bruder, sonst ...!“ Nach der Devise „lieber einen Spatzen in der Hand, als die Taube auf dem Dach“ teilte ich bereitwillig dieses Lebensmittel. Das Wort „teilen“ weckt also Assoziationen, ausgelöst vielleicht durch Kindheitserinnerung, erfahrene Notsituationen, familiäre Angelegenheiten oder gesellschaftliche Gegebenheiten. Das Wort „leben“ wiederum lässt viel Raum zu, in den es hinein ausdifferenziert werden kann. Auch die Kleinschreibung schafft viele Bezugspunkte zum Alltäglichen der menschlichen Existenz. Verschiedene Kombination beider Begriffe regen die Fantasie an und fördern Kreativität.

In der Bibel taucht der Begriff „teilen“ eher indirekt auf, so in der Abendmahlszene bei Lukas: „Jesus nahm Brot, sprach das Dankgebet, brach das Brot und reichte es ihnen mit den Worten ...“ (Lk 22,19). Besonders prägnant schimmert der

Begriff in der Apostelgeschichte als „Kennzeichen“ der jungen christlichen Gemeinden durch: „Keiner nannte etwas von dem, was er hatte, sein Eigentum, sondern sie hatten alles gemeinsam.“ (Apg 4, 32). Ein theologischer Kernbegriff der göttlichen Offenbarung ist die Selbstmitteilung Gottes in Jesus Christus: Gott teilt sich den Menschen in Jesus mit, der als Christus bekannt wird. In der Geschichte des Christentums spielt „teilen“ mal mehr, mal weniger trotzdem eine zentrale Rolle. Teilen ist ein Charakteristikum christlicher Existenz. Ein handfestes Bild des Teilens bietet St. Martin. Er ist wohl die berühmteste Ikone des Teilens, und ganz nebenbei auch der Diözesanpatron des Bistums Rottenburg-Stuttgart.

Die Verben „leben“ und „teilen“ sind keine akademischen Instruktionen, sondern bezeichnen ein Erleben, das mit der Existenz des Menschen verknüpft ist. Das verdeutlicht in großen Zügen dieser Satz, der laut Beschluss mit dem Leitwort verbunden ist: „Teilen als Grundhaltung christlicher Weltverantwortung“. Diese christliche Verantwortung ist spürbar, wenn sie konkrete Menschen betrifft, deren Leben nur gelingen kann, wenn mit ihnen geteilt wird. Das besondere weltkirchliche Engagement im Bistum Rottenburg-Stuttgart ist im Leitwort beinhaltet, und wird in seiner Fortsetzung ein wichtiger Akzent auch über den Katholikentag hinaus sein.

Das Leitwort des Katholikentags kann bereits ein starker Impuls sein in der Qualität des Miteinanders derer, die ihn vorbereiten. „leben teilen“ wird als Herausforderung bald vor jedem einzelnen stehen und anklopfen: Wie hältst du es mit „leben teilen“, lässt du dir das Teilen was kosten? Dabei ist das Leitwort „leben teilen“ weder eine Drohung noch Moralien. Es ist ein froher und frohmachender biblischer Ausruf und Ausruf, der verstanden werden muss als Handwerk. Es wird darauf ankommen, wie spürbar wir das Leitwort werden lassen, nicht nur im karitativen Engagement in der weiten Welt, sondern auch in der kleinen Welt vor unserer Haustür.

So ist das bei Katholikentagen: Ein starker Impuls muss her, wie ein heller Funke! Ja, dieser Funke soll überspringen vom Ich zum Du. Schon auf dem Weg hin zum Katholikentag in Stuttgart, und er wird Corona ein „Wir“ entgegenhalten.

Christoph Stender

Geistlicher Rektor im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)